

## **Gesamtkonzept Qualitätssicherung der Schulen der Stadt Wil genehmigt**

03.03.2005

An der Sitzung vom Donnerstag, 3. März 2005, stimmte das Stadtparlament dem Gesamtkonzept Qualitätssicherung der Schulen der Stadt Wil und der Revision des Zweckverbands-Reglements der Regionalwasserversorgung Mittelthurgau-Süd (RVM-Süd) und dem Verkauf von Optionen zu. Nach längerer Diskussion wurde das Geschäft "Verkauf der Grundstücke Nr. 359, 2691 und 3060 in Neualtwil" an den Stadtrat zurückgewiesen. Weiter erteilte das Stadtparlament einem Staatenlosen und 50 AusländerInnen das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht. Zudem wurden drei parlamentarische Vorstösse behandelt.

Sämtliche 40 Parlamentsmitglieder waren an der Sitzung anwesend.

1.

### **Postulat Hollenstein, SVP – Einführung eines Randstundenangebotes unter Einbezug des Wiler Taxigewerbes**

Das Stadtparlament bewilligte mit Genehmigung des Voranschlages 2005 einen Kredit von 40'000 Franken für ein öV-Angebot am Abend. Auf Antrag des Stadtrates hat das Stadtparlament das Postulat grossmehrheitlich erheblich erklärt. Der Stadtrat stellt einen Entscheid des Stadtrates, wie das Anliegen umgesetzt werden soll, bis Ende April 2005 in Aussicht.

2.

### **Postulat Gämperle, FDP – Investitionsprogramm**

Das Stadtparlament stimmte der vom Stadtrat beantragten Erheblicherklärung des Postulates grossmehrheitlich zu. Im Namen des Stadtrates zeigte Stadtpräsident Bruno Gähwiler die Bereitschaft, das Anliegen des Postulates betreffend Priorisierung der Investitionen aufzunehmen, äusserte jedoch Vorbehalte betreffend Eingriffsmöglichkeiten des Parlamentes im Rahmen der Finanzplanung. Im Weiteren wies er darauf hin, dass der Stadtrat gemäss neuer Gemeindeordnung die Geschäftsprüfungskommission frühzeitig über den Finanzplan zu informieren hat. Guido Wick unterstützte die Grundstossrichtung des Postulates, legte jedoch Wert darauf, dass für die Fraktion GRÜNE prowil der Schuldenabbau Priorität vor einer allfälligen Steuersenkung hat. Zudem regte er an, im Finanzplan die bereits aufgelaufenen projektbezogenen Kosten je Investition transparent darzulegen.

3.

### **Interpellation Hollenstein, SVP – Deklarationspflicht der Stadtratsmitglieder**

Nach ergänzenden Ausführungen des Interpellanten beantwortete der zuständige Departementsvorsteher, Stadtpräsident Bruno Gähwiler, die Fragen und liess den Stadtparlamentsmitgliedern sowie den Medien eine tabellarische Übersicht der Interessenbindungen der Mitglieder des Stadtrates abgeben.

Für den Stadtrat sind Transparenz und offene Information in einer modernen Demokratie Selbstverständlichkeiten. Der Stadtrat sieht keinen Grund, die Interessenbindungen seiner Mitglieder geheim zu halten.

Der Stadtrat würde es begrüßen, wenn auch die Mitglieder des Stadtparlamentes ihre Interessenbindungen – analog dem Kantonsrat St. Gallen – offen legen. Der Stadtrat hat dem Parlamentsbüro beantragt, die Interessenbindungen der Parlamentsmitglieder in geeigneter Form zu erheben.

Der Interpellant zeigte sich mit der Antwort des Stadtrates zufrieden und begrüsst es, wenn auch die Parlamentsmitglieder ihre Interessenbindungen offen legen.

#### **4. Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechtes**

Im Namen des Einbürgerungsrates zieht Stadtpräsident Bruno Gähwiler den Antrag um Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechtes an Qun Nue zurück. Zwischenzeitlich wurden neue Tatsachen bekannt, sodass die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nicht mehr erfüllt sind.

Klaus Rüdiger, SVP, beantragte als Präsident der Einbürgerungskommission den Anträgen des Einbürgerungsrates zuzustimmen. Das Parlament stimmte dem Antrag des Einbürgerungsrates, das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht an einen Staatenlosen und 50 AusländerInnen zu erteilen, mit 33 Ja, 2 Nein und 5 Enthaltungen, zu.

#### **5. Revision des Zweckverbands-Reglements der Regionalwasserversorgung Mittelthurgau-Süd (RVM-Süd) und Verkauf von Optionen**

Das Parlament stimmte der Revision des Zweckverbands-Reglements der Regionalwasserversorgung Mittelthurgau-Süd einstimmig zu. Damit die Revision zu Stande kommt, müssen sämtliche Verbandsgemeinden zustimmen. Bisher haben 9 Gemeinden zugestimmt. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Ebenfalls wurde der Verkauf von 2'200 m<sup>3</sup> Tagesoption der Regionalwasserversorgung Mittelthurgau Süd an verschiedene Partner der RVM-Süd zum Preis von Fr. 700.-/m<sup>3</sup> resp. zum Gesamtbetrag von 1,540 Mio. Franken einstimmig genehmigt und der Rechnung der Wasserversorgung zweckgebunden gutgeschrieben.

#### **6. Gesamtkonzept Qualitätssicherung der Schulen der Stadt Wil**

Das Stadtparlament trat nach längerer Diskussion auf die Vorlage ein und stimmte dem stadträtlichen Kreditbegehren für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes "Qualitätssicherung der Schulen der Stadt Wil" mit 25 Ja, 11 Nein und 4 Enthaltungen zu. CVP, SP und GRÜNE prowil sprachen sich dafür, SVP/SD und FDP dagegen aus. Unbestritten war im Rat eine Erhöhung der Entschädigung der Schulratsmitglieder.

Einigkeit bestand auch, in Wil eine hohe Schulqualität anzustreben zum Nutzen der SchülerInnen.

Susanne Hartmann, CVP, hob als Präsidentin der vorberatenden Kommission die Vorteile der Vorlage hervor und betonte, dass die Qualität der Lehrpersonen ein direkter Indikator für die Unterrichtsqualität ist und damit einen Einfluss auf die Leistung und das Wohlbefinden der SchülerInnen hat.

In der Eintretensdebatte wurde ein Rückweisungsantrag der SVP/SD-Fraktion grossmehrheitlich abgelehnt. Mit der Rückweisung wollte Klaus Rüdiger, SVP, erreichen, dass der Stadtrat eine Gesamtschau über die bildungspolitischen Projekte der laufenden Legislatur sowie deren Gewichtung vornimmt, ein alternatives und kostengünstigeres Lohnmodell für die Schulleitungen erarbeitet und die Kompetenzen des Schulrates stärker gewichtet. Im Namen der FDP unterstützte Franz Mächler die Rückweisung. Er wünschte sich unter einem Gesamtkonzept auch die Tagesstrukturen und die Basisstufe, sodass im Bereich Bildung Prioritäten gesetzt und das Geld effizient eingesetzt werden kann.

Im Namen der CVP erachtete Marcus Zunzer die Massnahmen zur Qualitätssicherung als ein absolut notwendiger Schritt, der jetzt getan werden muss. Mit einem Nein verpasse man es, einen Standortvorteil zu nutzen. Gute und motivierte Lehrkräfte sind Garant für eine bestmögliche Qualität an den Wiler Schulen. Für die SP ist die Vorlage ein logischer Schritt der vor vier Jahren eingeführten Geleiteten Schulen. Die Kosten sind realistisch berechnet und transparent dargelegt. Esther Spinas, Fraktion GRÜNE prowil, beurteilt die Kosten als hoch, aber als lohnenswerte Investition. Obwohl die Fraktion GRÜNE prowil die Priorität im Bildungsbereich anders sieht, stimmt sie der Vorlage zu, jedoch mit der klaren Erwartungshaltung, dass die geplanten Tagesstrukturen im Jahr 2006 auch eingeführt werden.

## 7.

### **Verkauf der Grundstücke Nr. 359, 2691 und 3060 in Neualtwil**

Auf Antrag der Liegenschaftenkommission wies das Stadtparlament das Geschäft an den Stadtrat mehrheitlich zurück mit dem Auftrag, die Grundstücke Nr. 359, 2691 und 3060 nochmals öffentlich zum Verkauf auszuschreiben. Liegenschaftenkommission und GPK kritisierten die Art und Weise, wie das Geschäft vom Stadtrat abgewickelt wurde. Im Jahr 2002 hat der Stadtrat die Grundstücke zum Verkauf öffentlich ausgeschrieben, jedoch mit der Auflage, dass der Gestaltungsplan nicht geändert werden kann. Im Rahmen der Verhandlungen mit der Ed. Vetter AG im Jahr 2004 ist der Stadtrat jedoch bereit gewesen, dass die Käuferin auf eigenes finanzielles und zeitliches Risiko hin, den Gestaltungsplan überarbeiten kann. Damit hätten andere potenziellen Mitbewerber keine Möglichkeit gehabt, unter diesen neuen Bedingungen ein Kaufangebot zu unterbreiten.

Für Guido Wick, GRÜNE prowil, ist der Kaufvertrag ein Blankocheck für die Ed. Vetter AG und sind die Interessen der Stadt Wil zu wenig berücksichtigt. Mit seinem Antrag verband er das Ziel, dem Stadtrat klare Leitplanken für die öffentliche Ausschreibung und die anschliessenden Kaufverhandlungen zu setzen. Unter anderem legte er Wert darauf, dass das Erscheinungsbild und der Charakter der Wohnsiedlungen erhalten bleibt, der Überbauungsplan lediglich den heutigen Wohnbedürfnissen angepasst wird,

eine allfällige Spekulation vertraglich auszuschliessen ist und die Frist für die Überarbeitung des Gestaltungsplanes auf maximal drei Jahre zu beschränken ist. Zudem soll das reservierte Land für eine Schulanlage nicht zum Verkauf angeboten werden, bis die Ergebnisse aus dem Stadtentwicklungsprozess vorliegen.

Dario Sulzer beantragte im Namen der SP-Fraktion auf die Vorlage nicht einzutreten. Er begründete dies mit dem zu tiefen Preis und damit, dass keine zeitliche Dringlichkeit für den Verkauf besteht. Die unüberbauten Grundstücke bieten die Chance, das im Integrationsleitbild formulierte Ziel der sozialen Durchmischung in den Wohnquartieren detailliert zu prüfen. Ruth Schelling regte an, die Frage von Alterswohnungen in Neualtwil abzuklären.

Der Rückweisungsantrag der Liegenschaftenkommission obsiegte mit 26 Stimmen gegenüber dem Nichteintretensantrag der SP mit 13 Stimmen. In der Schlussabstimmung wies das Stadtparlament den Landverkauf grossmehrheitlich an den Stadtrat zurück

### **Parlamentarische Vorstösse**

An der Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

Einfache Anfrage Ruth Schelling, parteifrei – Imbissstand an der Oberen Bahnhofstrasse

Einfache Anfrage Bruno Egli, FDP – Baugesuch der Mobilfunkantenne an der Bronschhoferstrasse

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr